

Christian Wolff

Reformation heute - Überzeugung vertreten

Vortrag im Rahmen des „Kulturführerscheins Reformation heute“

Heidelberg, 11. Juli 2015

1 Überzeugungen vertreten

Überzeugung vertreten - abgeleitet ist der Titel dieses Vormittags vom Auftritt Luthers vor dem Reichstag zu Worms 1521. Seine Worte „*Hier stehe ich und kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen.*“ sind zum geflügelten Wort geworden, obwohl diese Legende sind. Denn Luther soll seine Erwiderung auf die Anschuldigungen mit folgenden Sätzen beendet haben:

Wenn ich nicht durch Zeugnisse der Schrift und klare Vernunftgründe überzeugt werde; denn weder dem Papst noch den Konzilien allein glaube ich, da es feststeht, daß sie öfter geirrt und sich selbst widersprochen haben, so bin ich durch die Stellen der heiligen Schrift, die ich angeführt habe, überwunden in meinem Gewissen und gefangen in dem Worte Gottes. Daher kann und will ich nichts widerrufen, weil wider das Gewissen etwas zu tun weder sicher noch heilsam ist. Gott helfe mir, Amen!

Das Entscheidende ist: Luther hat, obwohl unter ungeheurem Druck stehend, seine damalige Überzeugung vertreten. Er ist seinem Gewissen gefolgt – und gerade dadurch die Machtfrage gestellt. Damit hat Luther ein Zeichen gesetzt, das für den Protestantismus zum Wesensmerkmal geworden ist: Es gibt Situationen, da muss man Gott mehr gehorchen als den Menschen, da muss man seinem Gewissen folgen, da muss man zu seiner Überzeugung stehen, diese gegen Widerstände vertreten und gegen Einsprüche verteidigen. Luther hat damit die Reformation befördert. Doch es dauerte nur wenige Monate, da musste Luther seine Überzeugung gegenüber denen verteidigen, die sich an seinem Mut ein Beispiel nahmen, ihrem Gewissen folgten und die gleiche Konsequenz an den Tag legten wie Luther selbst – aber damit die Reformation zunehmend gefährdeten: wie die Bilderstürmer, die sog. Schwärmer, die Bauern. Ich will auf diesen Aspekt der Reformationsgeschichte nicht näher eingehen – aber auf zwei Problemfelder hinweisen, die uns auch in dem, was ich Ihnen vortrage, immer wieder begegnen werden:

1. Wer eine Überzeugung vertritt, ist der Frage nach dem Kompromiss nicht ledig.
2. Wer eine revolutionäre Entwicklung vorantreibt, wird sich dem Reformismus öffnen müssen - oder scheitern. Unter Reformismus verstehe ich: das große Ziel herunter brechen auf gangbare, vermittelbare Schritte, durch die aber das Ziel nicht verraten werden darf.

2 1968

Damit sind wir beim Thema - nämlich die Frage, was denn die 68er Bewegung ausgemacht hat. Begann auch sie mit einem „Hier stehe ich und kann nicht anders“? War sie revolutionär oder doch nur eine Reform? Wie gestaltete sich der gesellschaftliche Transformationsprozess Ende der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts? Als ich zum Wintersemester 1969/70 mein an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal im Sommer 1968 begonnenes Theologiestudium an der Universität Heidelberg fortsetzte, war das, was wir heute „68“ nennen, schon auf dem Höhepunkt. Gibt es aber ein Anfangsdatum für diese Zeit des Um- und Aufbruchs? Die meisten Zeitzeugen sind sich einig: Es sind die Ereignisse des 2. Juni 1967, der Tod des Studenten Benno Ohnesorg, von einem Polizisten erschossen im Verlauf einer

Demonstration gegen den Besuch des iranischen Despoten, dem Schah von Persien, in Berlin. Diese Gewalttat und die mit ihr einhergehende blinde Rechtfertigung durch die Regierungen in Berlin und Bonn sowie die Hetze in der Springer-Presse haben mich wie viele andere damals elektrisiert und politisiert.

2.1 Erste Gehversuche

So begann 1967 das, was viele Angehörige meiner Generation als eine wichtige, sie prägende Aufbruchzeit empfanden: Alles wurde infrage- und zur Disposition gestellt – in der Familie, in der Gesellschaft, in den Bildungseinrichtungen, in der Kirche, insbesondere die biedere, kleine Bundesrepublik West mit ihren bürgerlichen Traditionen und als Hort des Kapitalismus an der Schnittstelle von Ost und West. Bei mir begann das aktive Aufbegehren damit, dass ich in den Tagen nach dem 02. Juni 1967 Wandzeitungen im Klassenzimmer aufhing – wie in den Universitäten (die kopierten das aus China) und ich verspürte in mir durchaus ein revolutionäres Bauchgefühl. Von meinem Bruder, der in Göttingen studierte, erhielt ich das Info-Material, das mir sonst unzugänglich gewesen wäre. Das sortierte ich, klebte es auf und versah es mit erläuternden Texten. Um Erlaubnis habe ich niemanden gefragt. Es verlangte aber auch niemand, die Plakate abzuhängen. Entscheidend waren dann die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetzgebung (und auch gegen den Vietnamkrieg ab 1967). Wir haben im April 1968 zu siebt den Unterricht verlassen, haben uns im Schulhof aufgestellt, ein Transparent entrollt und sind dann in die Düsseldorfer Innenstadt gezogen – um an der zentralen Demonstration teilzunehmen. Am Nachmittag hat dann der Direktor des Gymnasiums bei meinen Eltern angerufen, um mein Verhalten zu rügen und Konsequenzen anzukündigen. Zum Glück hatte ich – im Gegensatz zu den meisten Klassenkameraden – einen Vater, der uns in diesen Aktionen unterstützte, was mir damals sehr imponierte. Wir bekamen zwei Stunden Arrest. Aber das verstanden wir eher als eine Auszeichnung und funktionierten diese zu einer politischen Aktion um. Schließlich waren wir von der Richtigkeit unseres Handelns überzeugt.

2.2 Bekenner

Im August 1968 nahm ich mein Studium an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal auf. Obwohl das Erlernen der alten Sprachen im Mittelpunkt stand, prägten mich vor allem die politischen Vorgänge und die ersten Schritte zu einer Hochschulreform bzw. Reform des Theologiestudiums. Mit einem Assistenten lasen wir cursorisch Dietrich Bonhoeffer – und ich selbst studierte die politischen Schriften Karl Barths und die Bücher Helmut Gollwitzers, immer die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz des Gelesenen im Kopf, aber auch beeindruckt von der theologischen und politischen Konsequenz im Handeln. Dies eröffnete mir den Zugang zu Karl Barth's Kirchlicher Dogmatik, brachte mich aber in eine Distanz zur lutherisch geprägten Theologie – auch deshalb, weil die lutherischen Theologen und Landeskirchen eine mehr als zweifelhafte Rolle in der Nazi-Zeit und im sog. Kirchenkampf spielten. Damals lebten noch viele der Galionsfiguren der Bekennenden Kirche. Und nun rieben wir Jungen uns an denen, die einstmals die „Progressiven“ waren: Hans Joachim Beckmann, Präses der Rheinischen Kirche, oder Martin Niemöller, der sieben Jahre als persönlicher Gefangener Hitlers im Konzentrationslager Dachau einsaß. Sie, die mutigen Bekenner, wollten von einer Demokratisierung der Kirche nichts wissen und verglichen sehr schnell unsere Politisierungsabsichten der Kirche und des Studiums mit der Absicht der Nationalsozialisten, die Kirche fremd zu bestimmen.

2.3 Dutschke-Attentat und Prager Frühling

Für die gesamte Studentenbewegung gab es 1968 zwei Ereignisse, die sie in erste große Schwierigkeiten stieß: zum einen der Prager Frühling und der Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen in die CSSR im August 1968 und zum andern das Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968 – wenige Tage nachdem Martin Luther King ermordet wurde. Als Rudi Dutschke am 11. April 1968 von dem 24-jährigen Josef Bachmann, der die rechtsradikale „Deutsche National Zeitung“ bei sich trug, durch Schüsse schwer verletzt wurde, führte das zu wütenden Protesten gegen den Springer-Verlag, dessen BILD-Zeitung wir verantwortlich machten für die aufgeheizte Stimmung, in der ein solches Attentat geschehen konnte. In Berlin war die Lage hoch brisant und es begann die Gewaltdiskussion: ob man zwischen Gewalt gegen Sachen (Blockade der BILD-Auslieferung) und Gewalt gegen Personen unterscheiden könne. In der innenpolitisch sehr angespannten Lage hielt der damalige Justizminister und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD), einer der wenigen, denen wir mit Respekt begegneten, im Fernsehen eine bedeutende Ansprache. Er sagte damals:

Wer mit dem Zeigefinger auf andere Leute zeigt, sollte nie vergessen, dass drei Finger seiner Hand auf ihn selbst zeigen.

Das andere politische Ereignis war noch viel gravierender: Wie beurteilt die Studentenbewegung die Vorgänge in der damaligen CSSR, den Prager Frühling, also den Aufbruch zur Demokratie, und dann die brutale Niederschlagung des politischen Aufbruchs durch die Panzer der Warschauer-Pakt-Truppen? Man kann die Debatte nur begreifen, wenn man berücksichtigt, dass auch aufgrund des Vietnamkrieges der sog. Westen in eine Legitimationskrise geraten war und die Auseinandersetzung zwischen den beiden Machtblöcken stattfand. So ohne weiteres wollten viele nicht akzeptieren, dass die Tschechen sich nach einem System sehnten, das wir von innen heraus kritisierten. Von heute her gesehen halte ich es für fatal, wie zögerlich wichtige Teile der Studentenbewegung den Prager Frühling unterstützt haben: Man kritisierte zwar den sowjetischen Stalinismus, aber sah im Prager Frühling, also im „Demokratischen Sozialismus“, im „dritten Weg“ zu viele Kapitalisten am Werk. Das war vielen Studierenden zu reformistisch. Also kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen unter den Studierenden, ob man im August 1968 vor der sowjetischen Botschaft in Bonn demonstrieren solle oder nicht. Dass das überhaupt ein Diskussionspunkt war, zeigt eine große Schwäche der Studentenbewegung an: ihr unkritisches bzw. Nicht-Verhältnis zum real existierenden Sozialismus. Hier war unsere Überzeugung, die Gesellschaft in einen revolutionären Veränderungsprozess zu treiben, verbunden mit Blindheit gegenüber einem diktatorischen System. Für mich persönlich war damals aber unstrittig: Wir müssen nach Bonn fahren und demonstrieren.

3 Heidelberger Proteste

Auch an der Uni Heidelberg hatte die Studentenbewegung durch das Dutschke-Attentat, den Vietnamkrieg und durch die Proteste gegen die Notstandsgesetze eine Verbreiterung und Radikalisierung erfahren. Im Mai 1968 kam es zu Sitzstreiks und zu einer der vielen Unibesetzungen. Einer der wenigen Professoren, die sich damals den Studenten stellte, war der Theologe Hans Walter Wolff. Er hielt spontan im Innenhof der Neuen Universität eine Ansprache, erklärte die Kritik an den Notstandsgesetzen für berechtigt, aber riet von direkten Aktionen ab. Zu denen kam es trotzdem: Uni-Besetzung, alternative Veranstaltungen (sog. Kritische Universität, also der Aufbau eines alternativen Lehrprogramms) und schließlich die Suspendierung des AStA durch die damalige Rektorin Becke. Zuvor hatte eine studentische Vollversammlung mit Mehrheit beschlossen, die Grundordnungsversammlung (GOV) zu boykottieren. Diese war Folge des neuen baden-württembergischen Hochschulgesetzes. So

beteiligten sich nur wenige Studierende an der GOV, die die Aufgabe hatte, auf der Grundlage des Hochschulgesetzes eine Grundordnung für die Universität zu erarbeiten.

In Folge der weiteren Politisierung kam es vermehrt zu Polizeieinsätzen in Heidelberg. So auch während einer Stadtratssitzung im Dezember 1968, die von ca. 200 Studierenden aufgesucht wurde. Es ging um eine Verstärkung der Polizeipräsenz angesichts der Studentenproteste. In der Sitzung kam es zu Tumulten. Oberbürgermeister Reinhold Zundel lies den Saal von der sich in Nebenräumen befindenden Polizei räumen. Konsequenz dieser Aktionen waren vermehrt Anzeigen und Strafverfahren gegen Studierende. Im Dezember 1968 fand dann ein Prozess gegen vier SDS-Mitglieder statt, die im Frühjahr NPD-Plakate mit Hakenkreuzen bemalt hatten. Im Januar 1969 wurden die Räume des AStA polizeilich durchsucht. All das zeigte, dass sich die Universität im Aufruhr befand – zwischen Revolution und Reformation, ohne dass objektiv gesehen die Machtverhältnisse im Staat oder in der Universität in irgendeiner Weise gefährdet waren. Die subjektive Wahrnehmung war allerdings eine andere. Die gespannte Lage in der Stadt entkrampfte sich dann durch eine sehr erfolgreiche Aktion, initiiert von Studierenden: der Rote Punkt. Die Fahrpreise der HSB sollten erhöht werden. Dagegen regte sich Protest: An zentralen Punkten wurden die Straßenbahnschienen blockiert, und Autos mit rotem Punkt nahmen die Menschen mit – und das klappte. Punktuell gelangte man so zwischen Studentenbewegung und Bevölkerung zu einer Verständigung. Zunehmend mündeten aber die Auseinandersetzungen in massive Polizeieinsätze, nachdem – wie Dietrich Hildebrandt schreibt *„das Rektorat spätestens seit Januar nur noch als Polizeibüttel in Erscheinung trat und zunehmend zur Außenstelle der Staatsanwaltschaft geworden ist, nachdem der neue Rektor Conze dem AStA gleich auch noch die Gelder strich ...“* Und so war eigentlich klar, dass es im Wintersemester 1969/70 – und das habe ich dann selbst mit erlebt – in der Neuen Aula zum Eklat kommen musste. Rektor Werner Conze hatte zu einer Diskussion über die neue Grundordnung eingeladen. Die Neue Aula war überfüllt – und Conze wurde mit Eiern beworfen. Er konnte seine Rede nicht halten und verließ die Neue Aula. Damit war durchgesetzt, was zuvor als Parole ausgegeben wurde:

Wenn Entscheidungen gefallen sind, ist Diskussion Betrug!

3.1 Hochschulpolitisches Kollektiv (Hopoko)

Ich gestehe offen: Diese Art von Auseinandersetzung konnte und wollte ich nicht mittragen. Ich schloss mich im WS 1969/70 der linksliberalen Hochschulpolitisches Kollektiv (Hopoko) an, die sich Anfang 1969 gegründet hatte, um eine linke Alternative zum sich radikalierenden SDS zu bieten. Ich ging also zur ersten Mitgliederversammlung des Hopoko, natürlich auch aus dem Grund, schnell Kontakt zu anderen Studierenden zu finden. Ungefähr 30 Studierende trafen sich – alle Fakultäten waren vertreten, aber besonders viele Theologen. Eine MV dauerte drei bis manchmal fünf Stunden und fand meist ihre Fortsetzung im Palm-Bräu – eine Pizzeria, die bis 3 Uhr geöffnet hatte. Am Ende der wöchentlichen MV wurde festgelegt, wer wann welches Flugblatt schreibt, wer es druckt und wer es an der Mensa verteilt. Die „Redaktion“ fand am frühen Morgen im sog. Kakaobunker statt (Untergeschoss Neue Universität). Dann wurde der Text auf Wachsmatrize getippt und durchgenudelt und ab 11.30 Uhr an der Mensa verteilt. Die Flugblätter waren eng beschrieben – Auflage ca. 5.000 Exemplare (bei 13.000-15.000 Studierenden). Sie fanden reißenden Absatz und: sie wurden gelesen. Natürlich gab es den Sport, ein Flugblatt des SDS oder des RCDS frühzeitig zu ergattern, um dann noch aktuell darauf zu reagieren.

Was aber machte das Hopoko aus? Wir waren eine linksliberale Gruppe, die sich vor allem an Jürgen Habermas orientierte. Sein Buch *„Protestbewegung und Hochschulreform“* war für uns

die theoretische Grundlage. Darin kritisiert Habermas den Aktionismus der linken Studentengruppen, die die durchaus erfolgreiche Strategie der „begrenzten Regelverletzung“ ab 1968 verlassen hätten und sich in der Vorstellungswelt des Guerillakrieges bewegten. Habermas rief dazu auf, dass die „Protestbewegung ... nicht in die vorhersehbare Niederlage ihrer aktionistischen Irrläufer hineingezogen werden (darf).“ Genau dieser Ansatz führte dazu, dass sich das Hopoko nicht der konkreten Mitarbeit an der Hochschulreform verschloss und den Boykott der neuen Gremien der Hochschule nicht mehr mitmachen wollte. Der sog. antiimperialistische bzw. antikapitalistische Kampf war für uns mehr ideologische Worthülse denn politische Strategie. Das Hopoko lehnte Gewaltanwendung grundsätzlich ab und vertraute auf den Reformismus, der durch die gerade gebildete neue sozialliberale Koalition auf der bundespolitischen Ebene Wirklichkeit geworden war: Willy Brandt wurde Ende 1969 zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler nach dem 2. Weltkrieg gewählt.

3.2 Rahmenbedingungen

Nun muss man bedenken, dass zur damaligen Zeit die Bundesrepublik West ein Land war, dem die Aufarbeitung der Nazizeit noch bevorstand. Wir wurden in den Schulen unterrichtet von Lehrern mit Nazi-Vergangenheit. An den Hochschulen tummelten sich ebenfalls noch viele Altnazis. 1968 erhielt die NPD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 9,4 Prozent und bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte sie knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Damals machte sich ein Vermieter einer Studentenbude an ein unverheiratetes Paar nach § 180 BGB der Kuppelei schuldig. Das Wahlalter lag bei 21 Jahren. Das Anerkennungsverfahren für die Kriegsdienstverweigerung war mit unerträglichen Schikanen versehen. Und es bedurfte nur weniger Regelverletzungen, um die Fassade dieses Deutschlands zum Einsturz zu bringen. Darum hatte der Spruch „Unter den Talaren Muff aus tausend Jahren“ eine solch durchschlagende Wirkung. Darum fühlten sich die Ordinarien in ihrer Ehre verletzt, als sie nicht mehr mit „Herr Professor“, der Rektor nicht mit „Magnifizenz“, der Dekan nicht mit „Spektabilität“, sondern mit ihrem Namen angesprochen wurden. Auf der anderen Seite zeigte ein Spruch wie „Wer zwei Mal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment“ an, dass das Freiheitsstreben verbunden mit einem kräftigen Tabu- und Traditionsbruch grenzenlos alle Lebensbereiche umfasste – auch und vor allem die Sexualität. Dennoch - das Jahr 1969 machte deutlich: Die Reformnotwendigkeiten waren im Establishment angekommen. Die Bereitschaft wuchs, diese jetzt konkret umzusetzen und auch die Nazivergangenheit Deutschlands, die ein Franz Joseph Strauß schon ad acta legen wollte, aufzuarbeiten. Für uns als Hopoko kam es darauf an, zwei Notwendigkeiten gerecht zu werden:

- uns theoretisch zu wappnen, um in der Debatte mit den linken, kommunistischen Gruppen standzuhalten,
- und konkrete Reformschritte zu gehen.

Die bestanden darin, sich an den Wahlen der neuen Gremien zu beteiligen. Diese waren für Januar 1970 angesetzt, wurden aber vom SDS und anderen linksradikalen Gruppen boykottiert. Wir stellten eine Liste auf – und so wurde ich damals nicht nur Mitglied im Großen Senat, sondern auch einer von drei Studierenden im Kleinen Senat (ab Februar 1970).

3.3 Standhalten

In dieser Zeit fühlte ich mich immer herausgefordert, für Überzeugungen einzutreten. Darum erzähle ich von einer Begebenheit, die sich im Dezember 1969 zutrug. Am 13.12.1969 fand eine Vietnam-Demonstration statt. Dabei wurde die Tür des Amerika-Hauses (heutiges DA1) aufgebrochen und Scheiben der Deutschen Bank eingeschlagen. Darauf zog Rektor Conze die Genehmigung für eine studentische Veranstaltung in der Neuen Universität zurück – mit der

Folge, dass die Eingangstür zur Neuen Uni ausgehebelt und in den Neckar geworfen wurde. Der SDS verstand die Demo als Verbindung des antiimperialistischen Kampfes mit der Studentenbewegung. In der darauf folgenden Woche war dann im überfüllten Hörsaal 13 ein Teach-in, in dem die Aktionen debattiert wurden. Ich war auserkoren, die Position des Hopoko darzulegen: zum einen die Kritik am Vietnam-Krieg, zum andern sollte ich die Gewaltanwendung bei der Demo als untaugliches Mittel deklarieren und dem Gedanken „*Was sind zerschlagene Fensterscheiben gegen die Toten durch Napalmbomben*“ widersprechen. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass mein Beitrag im Tumult unterging – und ich anschließend von den redegewandten Demagogen Günter Mangold, Joscha Schmierer, Dietrich Hildebrandt in Grund und Boden geredet wurde. Völlig verunsichert und frustriert schlich ich nach Hause und verkroch mich in mein Bett, weil ich dachte: Nun kannst Du dich nie mehr blicken lassen an der Uni. Am Abend hatten wir dann unsere Mitgliederversammlung. Ich bin mit zitternden Knien dahin gegangen – und wurde von der Gruppe in wunderbarer Weise aufgefangen. Man hat meinen Auftritt als geradlinig empfunden. Für mich war damit mein angeknackstes Selbstbewusstsein wiederhergestellt. Mehr und mehr verlor ich die Zweifel daran, dass wir für unsere Überzeugungen (Gewaltfreiheit, demokratischer Diskurs) eintreten müssen – mit der Folge einer Zwei-Fronten-Auseinandersetzung: gegen die konservativen Ordinarien und gegen die linksradikalen Studentengruppen.

4 Rektorat Rendtorff

Im Januar 1970 gelang es der Reformfraktion im Großen Senat, den Theologieprofessor Rolf Rendtorff zum Rektor zu wählen. Diese Wahl führte zu einer erbitterten Auseinandersetzung, die zwischen drei Gruppen verlief: die kommunistischen Studentengruppen, die Reformfraktion unter den Studierenden und Angehörigen des Lehrkörpers und die Mehrheit der Ordinarien und das Kultusministerium. Ich kann das jetzt nicht im Einzelnen schildern – will aber auf zwei Ereignisse eingehen, die viel mit unserem Thema zu tun haben.

4.1 Sozialistisches Patientenkollektiv (SPK)

Als der Assistenzarzt Dr. Wolfgang Huber (Psychiatrie) im Februar 1970 entlassen werden sollte, verweigerte Rektor Rendtorff zunächst die Unterschrift. (Ich persönlich bin fest davon überzeugt, dass man von Seiten der Klinikdirektoren mit dem Entlassungsantrag bewusst gewartet hat, bis Rendtorff Rektor geworden ist, um ihm dann den Konflikt, der schon 1969 ausbrach, vor die Füße zu werfen.) Rendtorff wollte zuerst mit allen am Konflikt Beteiligten reden. Aber Gespräche lehnten die zuständigen Ordinarien/Klinikdirektoren ab. Diskursives Handeln, offene Aussprache, Kompromisse waren ihnen fremd. Als dann, nach der Entlassung Hubers, seine Patienten ihm folgten und diese Gruppe viele der „Mühseligen und Beladenen“ in Heidelberg anzog und so eine autonome Patientengruppe entstand, sah sich Rendtorff zum Handeln veranlasst – weniger im Blick auf die schwierige Persönlichkeit eines Dr. Wolfgang Huber, als vielmehr im Blick auf die weit über 200 Menschen, die dringend der Hilfe bedurften – u.a. weil etliche unter ihnen als suizidgefährdet galten. So konnten wir im Windschatten des Konfliktes auch die mangelnde psychiatrische Versorgung der Studentenschaft thematisieren. Rendtorff, der den Ansatz einer autonomen Patientenversorgung zunächst unterstützte und Räumlichkeiten der Universität zur Verfügung stellte, holte sich den Rat bei renommierten Psychiatern, darunter Horst Eberhard Richter. Im Kleinen Senat wurde in stundenlangen Debatten versucht, eine langfristige Lösung zu finden. Doch wurden diese von den Medizin-Ordinarien und vom Kultusministerium weitgehend torpediert. Auch fanden wir im Kleinen Senat keine Mehrheit dafür, die Patientengruppe als Einrichtung der Universität

weiterzuführen. Während meine Achtung vor Rendtorff wuchs, habe ich diese den Klinikdirektoren gegenüber verloren – nicht aus politischen Gründen, sondern weil ich es noch heute als menschliche Niedertracht empfinde, wie sie eiskalt eine mögliche Lösung dieses schwierigen Konfliktes hintertrieben haben aus einem einzigen Grund: dem ungeliebten Rektor Rendtorff Schaden zuzufügen und ihn möglichst zu stürzen. Dass sich dann aus dem Sozialistischen Patientenkollektiv (so nannte sich die Gruppe ab Sommer 1970) heraus eine Terrorgruppe im Umfeld der Rote Armee Fraktion (RAF) herausgebildet hat, die verantwortlich war für den Anschlag auf die schwedische Botschaft im Jahr 1975, gehört zu den traurig-tragischen Folgen dieser Geschichte, mit der Rendtorff nichts mehr zu tun hatte. Allerdings gelang es 1971, beim damals vom Kultusministerium unabhängigen Studentenwerk eine „Psychotherapeutische Beratungsstelle“ einzurichten, die von Dr. Dieter Spazier, auch einem Gutachter des SPK, aufgebaut und geleitet wurde.

4.2 Der Polk-Brief

Als Rektor Rendtorff und seine beiden Prorektoren Adalbert Podlech und Cornelius Noack im Mai 1970 eine Einladung von General James Polk zum CENTAG-Sommerball erhielten, wiesen sie diese öffentlich zurück:

In einer Zeit, in der der gegen den Willen der Mehrheit des vietnamesischen Volkes geführte Krieg in einen Indochinakrieg ausgeweitet wird und während in den Vereinigten Staaten Studenten erschossen werden, die gegen diesen Krieg opponieren, sehen wir uns außerstande, uns bei „Cocktails, Tanz, Unterhaltung und Kaltem Buffet“ mit denen zu vergnügen, die für diese Gewalt mit die Verantwortung tragen.

Es kam zu einem Aufschrei im konservativ-bürgerlichen Milieu Heidelbergs, der Landesregierung und der konservativen Professoren, die sich nicht nur distanzieren und bei den Amerikanern gouvornantenhaft entschuldigten, sondern auch das politische Mandat der Organe der Universität bestritten. Darum kam es zu einer Grundsatzdebatte, wie weit universitäre Organe eine politische Verantwortung haben und sich in der Wahrnehmung dieser die Autonomie ausdrückt – eine auch heute höchst aktuelle Frage. Für uns Studenten war aber dieser demonstrative Akt genau das, was wir von einem Rektorat Rendtorff erwarteten: nicht das Nachplappern der herrschenden politischen Meinung wie in der Weimarer Republik und im Faschismus, sondern eine deutliche Kritik in diesem Fall an der Kriegführung der US-Administration in Vietnam und Kambodscha und eine Solidarität mit den amerikanischen Universitäten, die sich an der Antikriegsbewegung beteiligten.

Für mich ist der Polk-Brief mit einer persönlichen Erinnerung verbunden. Ich besuchte im SS 1970 die Vorlesung meines Onkels Hans Walter Wolff über die Prophetie im Alten Testament in der Alten Aula. Er war damals Dekan der Theologischen Fakultät. Ende Mai, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um den Polk-Brief, eröffnete er die Vorlesung mit der Aufforderung an uns Studenten, jetzt absolut solidarisch zu sein mit dem Rektorat Rendtorff. Er benötige jetzt jede Unterstützung. Sein Brief an Polk sei angemessen, politisch richtig und für einen Theologen und Kirchenmann überfällig.

5 AStA-Vorsitz

Mich haben diese Ereignisse sehr geprägt – auch die Zeit, als ich zum Vorsitzenden des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) 1973/74 gewählt wurde. Im Sommersemester 1973 beteiligten sich über 40 % der Studierenden an den Wahlen und das Hopoko gewann die absolute Mehrheit im Studentenparlament (Stupa). Wieder standen wir in der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Gruppen – und es ging auch um Meinungsfreiheit, Demokratie und Gewalt. Im Rahmen des vom AStA konzipierten „Studium

generale“ sollte am 05. November 1973 eine Disputation zwischen Richard Löwenthal vom „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und Helmut Ridder vom „Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi)“ stattfinden. Die Neue Aula war überfüllt. Die KHG hatte angekündigt, die Diskussion nicht zuzulassen. Ich war fest entschlossen, eine Sprengung der Veranstaltung nicht zu dulden. Also habe ich mir vor der Veranstaltung vom Hausmeister den Mikrofonknopf besorgt und in meine Hosentasche gesteckt. Darum mussten sich die Vertreter der KHG eines Megaphons bedienen. Damit forderten sie schon vor Beginn der Veranstaltung lauthals, Löwenthal dürfe nicht reden. Sie drangen aber nicht durch. Zunächst stand ich mit Löwenthal und Ridder an der Stirnwand der Neuen Aula. Ich bat sie, auf keinen Fall die Aula zu verlassen. Ich würde jetzt ans Pult gehen und mit der Veranstaltung beginnen. Langsam kämpfte ich mich bis zum Rednerpult vor. Als ich dies erreicht hatte, schloss ich das Mikrophon an und begann zu reden. Immer wieder wurde versucht, mich vom Pult zu drängen. Hinter mir entstanden Rangeleien zwischen Hopokisten und KHGlern. Ich sagte dann ruhig und bestimmt: Ich gehe nicht, bevor nicht Ridder und Löwenthal hier neben mir stehen. Das wurde von den kommunistischen Studenten als Provokation verstanden. Plötzlich wurde ich niedergeschlagen. Die Veranstaltung endete im Tumult. Ich kam ins Krankenhaus. Am nächsten Morgen war auf einer Wandzeitung an der Neuen Uni zu lesen: „*Theologiestudent probt Kreuzesabnahme*“. Wieder wurde eine Vollversammlung angesetzt. Wieder war die Neue Aula überfüllt. Die KHG wollte den Rücktritt des Hopoko-AStA erzwingen. Doch das lehnten wir ab – auch dann, wenn die VV diese Forderung unterstützen sollte (was tatsächlich mehrheitlich geschah) – mit dem Hinweis auf die im Dezember stattfindenden Stupa-Wahlen. Diese gewannen wir dann deutlich mit 43 Prozent der Stimmen bei über 30 Prozent Wahlbeteiligung.

6 Überzeugungen vertreten in der Kirche

Auch in meiner weiteren Tätigkeit als Gemeindepfarrer kam ich immer wieder in die Situation, Überzeugungen zu vertreten – unabhängig von Mehrheitsverhältnissen: in Sachen Radikalenerlass, der Ende der 70er Jahre auch in der Kirche Anwendung fand; während der Friedensbewegung in den 80er Jahren, in den Arbeitskämpfen Ende der 80er Jahre, beim Bau der Mannheimer Moschee oder beim Protest gegen den Golfkrieg 1991. Immer ging es darum: Glaubensgrundsätze (z.B. „*Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.*“) zu vertreten, ohne diese absolut zu setzen, also gleichzeitig eine vermittelbare Position zu leben, die den streitigen Diskurs zuließ bzw. zulässt mit dem Ziel, dadurch das gesellschaftliche Leben zu erneuern – sozusagen öffentliche Seelsorge. Letztlich ist die Wahrnehmung des prophetischen Wächteramtes bzw. der politischen Verantwortung der Kirche nichts anderes als das, was wir als Seelsorger am Bett eines Kranken tun: trösten, aufrichten, Wegweisung geben.

Nach der Friedlichen Revolution 1989/90 habe ich 1992 die Pfarrstelle an der Thomaskirche angetreten – im Stammland der Reformation und Zentrum des Luthertums. Auch hier ging und geht es darum, Überzeugungen zu leben – in einer entchristianisierten Gesellschaft. Das bedeutet nichts anderes, als Grundpositionen des Glaubens so zu vermitteln, dass sie auch in einer säkularen Stadtgesellschaft nachvollziehbar und für die Gestaltung des öffentlichen Lebens von Bedeutung sind. Dabei gilt es, an den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und an die Erfahrungen der Friedlichen Revolution anzuknüpfen.

- Gewaltlosigkeit als Maßstab für die Friedenspolitik
- Kirche im öffentlichen Raum am Beispiel der Universitätskirche St. Pauli
- Die Rückkehr jüdischen Lebens nach dem Holocaust

- Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus
- Segnung gleichgeschlechtlicher Paare

Lassen Sie mich das an zwei Beispielen aufzeigen.

6.1 Friedensarbeit

Unmittelbar nach meinem Arbeitsbeginn in Leipzig, habe ich den Schulterchluss zu dem im vergangenen Jahr leider verstorbenen Pfarrer der Nikolaikirche Christian Führer gesucht. Wir waren uns darin einig, dass wir für den Grundsatz der Friedlichen Revolution „Keine Gewalt“ auch weiter einzutreten haben. Darum haben wir 1993 gegen die Durchführung einer Waffenmesse protestiert und erreicht, dass die Messe GmbH versprach, eine solche Messe nie mehr durchzuführen. 1995 haben wir während des Tschetschenien-Krieges ein Grundsatzpapier „Das Schweigen überwinden – Friedenspolitik neu gestalten“ veröffentlicht, das große Resonanz fand und noch heute wegweisenden Charakter hat. Darin hieß es:

Seit Wochen warten viele Menschen auf eine klare, mit friedenspolitischen Folgen versehene Verurteilung des Krieges in Tschetschenien durch die Bundesregierung. Bis jetzt vergeblich. Hinter dem Schweigen verbirgt sich nicht nur Unvermögen. Es liegt vielmehr in der Konsequenz der gegenwärtigen Politik. Seit dem Golfkrieg gehört die regional begrenzte, militärische Austragung von Konflikten zur Strategie internationaler Politik. (Macht-)Politische und ökonomische Interessen sollen so durchgesetzt werden. Regierung und Parteien bleiben den Menschen die Botschaft in Wort und Tat schuldig, die die Weltversammlung der Kirchen 1948 in Amsterdam ausgerufen hat:

Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.

...

Es ist allerhöchste Zeit, einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu finden, in dem kriegerische Auseinandersetzungen zur politischen und moralischen Unmöglichkeit werden. Kriege - ihre Vorbereitung, Förderung, Durchführung und Duldung - dürfen weder durch die Politik noch durch Religionen und Kirchen eine Rechtfertigung erfahren. Denn Krieg zerstört nicht nur millionenfach Menschenleben. Er zerstört auch alle Werte, die menschenwürdiges Zusammenleben erst ermöglichen. Wir erinnern an das Wort des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann:

**„Nicht der Krieg ..., sondern der Frieden ist der Ernstfall,
in dem wir alle uns zu bewähren haben.**

Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“

Wer sich hinter dem Frieden die Möglichkeit des Krieges offenhalten will, vernichtet schon jetzt menschliche Existenz. Wer will diese Anmaßung verantworten?!

6.2 Universitätskirche St. Pauli Leipzig

Als Beispiel für eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Frage, wie sich das Verhältnis von Staat und Kirche konkret darstellt, welche Bedeutung Religion für den Wissenschaftsbetrieb des 21. Jahrhunderts hat und wie eine Universität mit ihrer Geschichte umgeht, kann der Streit um die Universitätskirche St. Pauli gelten. Sie wurde 1545 von Martin Luther als evangelische Universitätskirche geweiht und diente der Universität Leipzig als Gottesdienststätte, als akademischer Festraum und als Ort der Universitätsmusik. 1968 wurde die im 2. Weltkrieg nicht zerstörte Universitätskirche auf direkte Anweisung des SED-Staates und mit Zustimmung der Universität Leipzig gesprengt. An ihre Stelle wurde ein Plattenbau errichtet mit einem bronzenen Marx-Relief genau an der Stelle des Ostgiebels der zerstörten Kirche. Nach der Friedlichen Revolution sollte der Plattenbau einem Neubau weichen. Strittig

war, was kommt an die Stelle der gesprengten Universitätskirche? Die Universität selbst wollte keinen Kirchenbau, noch nicht einmal einen Erinnerungsbau, selbst eine Art interreligiöses Zentrum hatte sie nicht auf dem Schirm. Dagegen regte sich großer Protest aus der Bürgerschaft Leipzigs. Schließlich einigte man sich auf einen Bau, der deutlich als Kirche erkennbar ist, es aber immer noch nicht sein soll. Zusammen mit anderen habe ich mich vehement dafür eingesetzt, dass der Neubau „Neue Universitätskirche St. Pauli“ heißt und dreifach genutzt werden soll: gottesdienstlich, akademisch, musikalisch. Doch bis heute gibt es starke Bestrebungen innerhalb der Universität, diesem Bau den Kirchencharakter abzuspochen. Darum nennt die Universität ihn „Paulinum“. Außerdem wurde eine Glaswand zwischen sog. „Andachtsraum“ und Aula eingebaut. 2008 haben wir demonstrativ am Reformationstag fünf Thesen an den Bauzaun angeschlagen, um unsere Forderungen zu verdeutlichen. Im gleichen Jahr haben wir im Juli in der Thomaskirche ein Transparent aufgehängt mit der Forderung: Die neue Universitätskirche St. Pauli muss Universitätskirche St. Pauli heißen.“ - dies in Erinnerung an das Transparent, das im Juli 1968 beim Abschlusskonzert des Bachwettbewerbs in der Kongresshalle entrollt wurde mit der Forderung „Wir fordern Wiederaufbau“. Damals war das ein Skandal und der SED-Staat verfolgte die Studenten, die diese Protestaktion organisiert hatten unerbittlich. Aber auch 2008 regte sich Kritik an dem Plakat, das auf der anderen Seite viel Beachtung fand und mit dazu führte, dass in Sachen Universitätskirche doch alles so kommen wird, wie es die Geschichte erfordert.

7 Die Botschaft schlechthin

In den vergangenen Monaten wurde das städtische Leben stark bestimmt vom Auftreten Pegida/Legida. Im Gegensatz zu manch betulicher Verständnistaktik, die gegenüber Pegida/Legida leider auch in den Kirchen praktiziert wurde und wird, habe ich von Anfang für eine sehr klare Positionierung der Kirchen in der politischen Auseinandersetzung plädiert. Denn alles was Pegida/Legida fordern und inzwischen bewirkt haben, bedient rechtsradikales Gedankengut und widerspricht grundlegenden Aussagen des Evangeliums. Darum zum Schluss noch ein wichtiger Hinweis. Der Publizist Carl Amery hat ein sehr lesenswertes Buch geschrieben „Hitler als Vorläufer. Ausschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts“ (1998). In diesem Buch stellt er die Frage, die auch heute von großer Bedeutung ist und viele Menschen umtreibt und oft genug zu falschen Antworten führt:

Müssen wir Unmenschen werden, um die Menschheit zu retten?

Es ist die Frage danach, wie wir mit den Krisen dieser Welt und den Verwerfungen des Lebens fertig werden. Hitler hat die Frage eindeutig mit Ja beantwortet, Stalin, Mao Zedong, Pol Pot auch. Sicher können wir hier noch viele weitere Namen nennen. Letztlich wird diese Frage von allen gewalttätigen politischen und religiösen Ideologien wie IS bejaht. Nach Amery beinhaltet dieses Ja gleichzeitig ein Nein zur „jüdisch-humanistischen Botschaft schlechthin“. Diese kennzeichnet Amery so:

... die Botschaft von der Friedfertigkeit, von der Erhaltung des schwachen und gekränkten Lebens, von der Notwendigkeit der Diskussion und des Kompromisses.

In dieser „Botschaft schlechthin“ liegt für mich der Motor, Überzeugungen zu leben. Von ihr möchte ich mich anleiten lassen im Einsatz für die freiheitliche Demokratie und gegen alle Bestrebungen, diese angesichts der großen Probleme der Menschheit einzuschränken und aufzugeben. Denn wir müssen eines sehen: Immer dann, wenn wir besonderen Herausforderungen ausgesetzt sind, ist die Bereitschaft groß, die Grundlagen der Friedfertigkeit, des Minderheitenschutzes, des demokratischen Miteinanders aufzugeben zugunsten von Gewalt, Menschenverfeindung und –ausgrenzung sowie von Sicherheit. Im

Rechtsradikalismus steht am Ende einer solchen Entwicklung die nationalistische Gewaltherrschaft – d.h. der Rechtsradikalismus beginnt genau da, wo wir scheinbar die „Botschaft schlechthin“ verraten, weil wir meinen, die Menschheit, unsere eigene Haut, unsere Interessen nur retten zu können, wenn wir das Menschsein punktuell aufgeben. Das aber darf nicht unser Weg sein. Darum gilt es Überzeugungen zu vertreten, die sich aus der „Botschaft schlechthin“ speisen.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

info@wolff-christian.de

www.wolff-christian.de